CSU

Ortsverband Hilpoltstein

Artikel vom 16.09.2020

CSU-Fraktion zu Gesprächen in Meckenhausen

Austausch mit Bio-Landwirt und Kirchenvertretern

Ihre regelmäßige Sitzung hat die Stadtratsfraktion der CSU nach den Sommerferien, Anfang September, im größten Hilpoltsteiner Ortsteil Meckenhausen abgehalten. „Wir wollen die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, auch und gerade aus den Ortsteilen ernst nehmen" betont Fraktionssprecher Christoph Raithel. „Bei der Vielzahl an Projekten in der Kernstadt kann leicht der Eindruck entstehen, dass wir das Land hinten runterfallen lassen, dem ist nicht so!"

In Hinblick auf die Neuerrichtung einer Kindertagesstätte mit zwei Krippen und drei Regelgruppen stehe in den nächsten Jahren auch eine große Hochbaumaßnahme in Meckenhausen an. Der bisherige Kindergarten, der durch die katholische Kirchenstiftung Meckenhausen betrieben wird sei für den derzeitigen Bedarf zu klein. Kurzfristig konnte im benachbarten Pfarrheim zusätzliche Räume geschaffen werden, die für die Zeit bis zur Fertigstellung des Neubaus die notwendigen Plätze zur Verfügung stellen. Die Fraktion bedankte sich bei der Kirchenverwaltung und dem Kindergartenteam für ihr Engagement im Bereich der Kinderbetreuung.

Auch der Neubau am Ortsausgang Richtung Karm soll durch die Kirchenstiftung der Pfarrei Meckenhausen betrieben werden. Die Errichtung des Gebäudes erfolgt jedoch durch die Stadt Hilpoltstein, der Bauausschuss hat dazu in seiner Sitzung vom 20.Juli bereits die Architektenleistungen vergeben. Im Rahmen der Fraktionssitzung tauschten sich die

Stadtratsmitglieder der CSU diesbezüglich mit dem Kirchenpfleger Michael Waldmüller und weiteren Mitgliedern der Kirchenverwaltung und des Kirchortsrates aus.

Ausführlich würde auch über die Verkehrsthematik des Ortsteils diskutiert. Das Hauptproblem sei, dass im Moment alle in der Luft hingen, da seitens der Verwaltung an einer Vielzahl unterschiedlicher Varianten geplant werde. So lange nicht eine Variante priorisiert werde komme man nicht weiter, was die Dorfgemeinschaft zusehends belaste. Die Stadtratsmitglieder sicherten den Kirchenvertretern zu, sich für ein Vorankommen im Entscheidungsprozess einzusetzen. Hauptthema sei letzten Endes neben der bautechnischen und naturschutzmäßigen Durchführbarkeit einer Variante auch die Verfügbarkeit von Flächen, betonte Fraktionssprecher Christoph Raithel. Hier müssen Bürgermeister und Verwaltung tätig werden und Gespräche führen.

Derzeit herrsche auf dem Markt ein durchaus steigender Druck auf die Eigentümer. Immer mehr Flächen werden für Wohnbau, Gewerbe, Ausgleichs- oder Verkehrsflächen und Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen angefragt. Um hier die Auswirkungen auf die ortsansässigen Landwirte besser nachvollziehen zu können, hatte sich die CSU-Fraktion vor der Sitzung bereits mit der der Landwirtsfamilie Bernhard und Bettina Hofbeck getroffen. Das Ehepaar bewirtschaftet ihren Hof in der Ortsmitte unter dem Bioland-Standard.

2015 stellte die Familie von konventionellem Landbau auf ökologischen um. Damit einhergehend war eine eineinhalbjährige Übergangszeit, in Serie Flächen zwar bereits ökologisch bewirtschaftet wurden, die Vermarktung aber noch als konventionell erfolgte. Die Familie bewirtschaftet 120 ha Boden vor allem im Ackerbau, also Brot- und Futtergetreide, und hat daneben noch eine Mutterkuhherde mit insgesamt rund 50 Angus-Rindern, die ab Hof vermarktet werden.

Letztendlich sei es eine Gewissensfrage, erläuterte Bettina Hofbeck ihren Entschluss auf Bioland umzustellen. Nun komme der Betrieb mit wesentlich weniger Antibiotika und Spritzmitteln aus und unterliege anderen Märkten. Trotzdem sei es teils schwer z.B. Brotgetreide zu vermarkten.

Der Wegfall von Flächen würde den landwirtschaftlichen Betrieb in Schwierigkeiten bringen, gerade in Hinblick auf die Zeiterfordernis für die Umstellung eventueller Ersatzflächen. „Und Preise, wie sie für Freiflächen-Photovoltaikanlagen gezahlt werden können wir nicht bieten" betont Bernhard Hofbeck. Als Kommune wolle man auf keinen Fall der Preistreiber sein versicherten die Fraktionsmitglieder, man werde daher auch genau prüfen, welche Flächen für andere Nutzungen, z.B. für Photovoltaikanlagen geeignet seien.